



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/222 - 24.9.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-32
Fernschreiber 039890

Die Europakonferenz in Rom	S. 1
Zu den dänischen Wahlen	S. 3
Der Schulstreit in Rheinland-Pfalz	

Römische Elegien

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Der Verlauf der römischen Konferenz der sechs Aussenministerstellvertreter der Montanunion-Staaten war hochinteressant - ehe sie ihren Anfang nahm. Diesmal sollten nur die Sachverständigen das Wort haben und hinter verschlossenen Türen tagen. Statt dessen fielen echte politische Entscheidungen und sie wurden in Paris auf den Boulevards ausgerufen. Von dem Tag an, wo die Nachrichtenagenturen meldeten, die französische Regierung könne sich nicht schlüssig werden, ob sie einen Anhänger oder einen Gegner der "Europaarmee" und der "Europäischen Politischen Gemeinschaft" nach Rom senden sollte oder lieber einen "Neutralen", - bis zum 22. September, als die Gaullisten im Kabinett Laniel ihr Protestschreiben gegen die offizielle Europa-politik veröffentlichten und ankündigten, sie blieben nur deshalb in der Regierung, weil die Konferenz in Rom rein technischer Natur sei und nichts zu entscheiden habe, wurde es klar, dass das Klein-Europa-Projekt in seine entscheidende Krise eingetreten ist.

Schuld an dieser überraschenden Entwicklung ist nicht in erster Linie die Saarfrage. Seit der ehemalige französische Aussenminister Schuman den Vorschlag gemacht hat, die sechs Montanunion-Länder sollten eine "gemeinsame europäische Aussenpolitik" führen, ist von seinen Pariser Kritikern mehr und mehr der Gesichtspunkt in den Vordergrund geschoben worden, dass dann

nicht nur Frankreich, sondern auch die Länder der französischen Union in den Sog dieser von gemeineuropäischen Gesichtspunkten gesteuerten Aussenpolitik kommen würden. Es geht auch bei dem Einspruch gegen die Vollmachten, die Aussenminister Bidault in der französischen Delegation nach Rom mitgeben wollte, offenbar zuerst um die "afrikanische Fortsetzung Europas".

Ein fest in sich geschlossener Staatenbund mit eigenem europäischem Parlament und einer Sonderexekutive hat Sicherheitsinteressen. Er würde und müsste darauf dringen, dass in französisch Nordafrika ein haltbarer, von beiden Seiten islamischen Bevölkerungsschichten auch innerlich gutgeheissener Ausgleich der politischen Zielsetzungen erreicht würde. Die europäische Aussenpolitik würde sich demnach "einmischen" in Angelegenheiten, die die Vertreter Frankreichs vor den Vereinten Nationen eben jetzt wieder mit grossem Nachdruck als allein Frankreich angehend bezeichnet haben. Diese Besorgnis wiegt schwer. Was würde es helfen, wenn Bidault ein Prestige-Erfolg mit der "Europäisierung der Saar" gelänge, wenn die nächsten "europäisierten" Länder Marokko und Tunis hiessen?

Dies Dilemma ins Auge fassen, bedeutet, jenen anderen Gesichtspunkt, den die westdeutschen Zeitungen überreichlich in den Vordergrund schieben, dass nämlich Frankreich eifersüchtig sei auf die wachsende Macht der Bundesrepublik, sehr viel geringer bewerten. Es sind nicht Stimmungen, sondern Realitäten, die in diesem späten Stadium französische Politiker bewegen, sich von Vorschlägen zu distanzieren, die - damit haben die deutschen Zeitungen freilich recht - von Paris seit 1950 lanziert worden sind. Die Sorge, dass sich Amerika und Westdeutschland auch über den Kopf Frankreichs hinweg über eine Aufrüstung einigen könnten, hat jedes französische Herz schon einmal durchzogen. Sie ist in der Lage, die Eifersuchtgefühle auszulösen.

Es bleibt daneben der Saerkomplex, Bundeskanzler Adenauer dürfte in der Stille von Bühlerhöhe mit dem französischen Hohen Kommissar Francois-Poncet mehr getan haben, als dem deutschen Volk lieb ist, um diesen Stein des Anstosses aus dem Wege zu räumen, Artikel 101 des Satzungsentwurfs für die EPG, den die Strassburger ad hoc Versammlung anfertigen liessen, soll die Vertretung der Saar

in einer Politischen Europäischen Gemeinschaft und ihrem Parlament regeln. Wird sie der "siebente Teilnehmerstaat"? Kann Adenauer je hoffen, so etwas gegen den am 2. Juli 1953 proklamierten Willen sämtlicher nichtkommunistischer Parteien durchzusetzen?

Die Türen hinter den Aussenministerstellvertretern und ihren Sachverständigen haben sich nach einer kurzen und nicht eben mit optimistischen Lösungen durchwirkten Eröffnungsveranstaltung geschlossen. Die Experten korateten vertraulich und wollen sich einige Wochen Zeit nehmen. Die Öffentlichkeit braucht sich jedoch nicht in Neugier zu verzehren. D a s s der von Frankreich endlich ernannte Delegationschef, der französische Botschafter in Rom, Deparc, den Auftrag erhalten hat, seiner Regierung in keiner Weise feste Almachungen mitzubringen, ist wichtig. Wie er sich seiner entledigt, interessiert nur die Herren vom Metier.

+ + +

Dänemarks nächste Regierung sozialdemokratisch

KRK, Kopenhagen

Der Ausgang der dänischen Wahl bedeutet alles andere als einen politischen Erdbeben. Die führende Oppositionspartei, die Sozialdemokraten nämlich, hat genau so wie nach den April-Wahlen zwei Mandate mehr als die Regierungskoalition Bauernlinke-Konservative, aber die sogenannten Radikalen, eine liberal-demokratische Oppositions-Gruppe, gingen geschwächt aus den Wahlen hervor (trotz der Erhöhung der Mandatzahl im neuen Einkammer-Reichstag verloren sie ein Mandat). Das bedeutet, dass sie zwar mit den Sozialdemokraten als Bundesgenossen eine tragfähige Regierung bilden können, die über mindestens 88 Mandate verfügen muss, während sie jedoch die jetzige Regierungskoalition kaum retten können (zusammen 86 Mandate). Parlamentarisch-technisch muss der Regierungsauftrag an die Sozialdemokraten übergehen, deren Wahlerfolg übrigens weitaus grösser ist als erwartet.

Die zusammengeschmolzenen Radikalen sähen gern eine Koalition Sozialdemokraten-Bauernlinke-Radikale, doch scheint die bisherige Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bauernlinken eine solche Lösung unmöglich zu machen. Aussenpolitisch haben es die Sozialdemokraten

jetzt allerdings gleich weit zu der einen und der anderen Gruppe. Sie befürwortenswar zum Unterschied von den Radikalen grundsätzlich die Atlantikpakt-Politik der bisherigen Regierung, weigern sich jedoch, im gegenwärtigen Zeitpunkt wichtige praktische Folgerungen aus dieser Politik zu ziehen: sie lehnen die Bemannung dänischer Flugplätze mit Truppen der Atlantikpakt-Länder vorläufig ab.

Die Niederlage der Konservativen und der Radikalen und der gleichzeitige Erfolg der Bauern-Linken deuten an, dass Dänemark allmählich zum Zweiparteiensystem übergeht: Sozialdemokraten und Bauern-Linke sind die Hauptparteien, um die sich die Wähler gruppieren. Der Misserfolg des früheren Führers der Bauern-Linken, Kristensen, dessen neue Partei der Unabhängigen durchfiel, weist in dieselbe Richtung, ebenso die Verluste der Bodenreformpartei (Rechtsstaatspartei) und der Kommunisten.

Es ist ziemlich sicher, dass die nächste dänische Regierung eine sozialdemokratisch geführte Koalitions- oder eine sozialdemokratische Minderheitsregierung sein wird. Die Aussenpolitik dieser Regierung wird ein recht heikler Punkt sein; wirtschafts- und sozialpolitisch hat sie ein klares Programm.

+ + +

"Normenprüfung" soll Schulstreit beenden

K.H., Mainz

Überfüllte Gerichtssäle in Verhandlungen über Schulfragen können nur als gutes Anzeichen für das Interesse der Öffentlichkeit an ihren ureigensten Erziehungsfragen gewertet werden. Für die Landesregierungen sollten sie aber Mahnzeichen sein, Verordnungen und Gesetze in diesem Lebensbereich nicht auf die leichte Schulter zu nehmen oder sich durch jahrelanges Verzögern einem unliebsamen Verdacht auszusetzen.

In Rheinland-Pfalz, wo die Frage gemeinsame oder konfessionell getrennte Schule schon seit Jahren eine wichtige Rolle spielt, möchte die SPD seit ebensoviel Jahren die Neueröffnung konfessioneller Schulen durch ein auf der Verfassung basierendes Gesetz geregelt wissen. Nun hat sich die Landesregierung mit dem Interesse der Jugend und der Lehrerschaft eine erneute entsprechende Warnung zu

Herzen nehmen müssen, als der Verfassungsgerichtshof die Klage der SPD-Landtagsfraktion gegen die Verordnungen der Landesregierung zum Schulartikel der Verfassung verhandeln wollte: Schüler und Lehrer hörten mit wachsendem Staunen und Unwillen aus dem Munde des Anwalts der SPD-Fraktion, Justizrat Friedrich Wilhelm Wagner, welche innere juristische Unmöglichkeit in der Absicht lag, dass ein ehemaliger Kultusminister - und damit eine Persönlichkeit, die als früherer Verantwortlicher auch heute noch tonangebend ist - als Verfassungsgerichtspräsident seine eigenen bzw. die von seinen Verordnungen abgeschriebenen neuen Verordnungen auf ihre verfassungsmässige Rechtmäßigkeit prüfen sollte.

Inzwischen hat sich der Präsident und ehemalige Kultusminister - es ist Professor Süsterhenn, als Jurist weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt - den Argumenten des Anwalts der SPD gebeugt und ist, "um Befürchtungen über seine Befangenheit vorzubeugen", zurückgetreten. Allerdings hat er im April die damals dringend notwendige einstweilige Verfügung gegen das Inkrafttreten der Verordnungen als Präsident verhindert, obwohl auch damals die SPD seine Befangenheit betonte.

Das Ergebnis der Verhandlungen im Verfassungsgericht ist noch nicht bekannt. Es soll schriftlich mitgeteilt werden, trotzdem die SPD ihre Klage zurückgezogen hat, um den Weg für ein vom Landtag ausgehandeltes Gesetz frei zu machen. Nun ist es die Regierung, die auf dem Weg über die Entscheidung des Verfassungsgerichts versucht, die Regelung wichtigster kulturpolitischer Lebensfragen, die Erziehung in der Volksschule, durch auswechselbare Verordnungen im Sinne der CDU und der hinter ihr stehenden Kräfte zu sichern und die Hintertür für ihren Einfluss offen zu halten. Das starke und in seiner Richtung bekannte Interesse der Öffentlichkeit sollte ihr allerdings eine Warnung sein, den Bogen nicht zu überspannen und die Einseitigkeit nicht nur durch den gelegentlichen Rücktritt eines vorgegangenen Präsidenten verschleiern zu wollen.

Verantwortlich: i. A. Albert Exler